

**Detlev Dick für die SPD Fraktion Waltrop,
Rede zum Haushaltsjahr 2024**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

heute, am 28. Februar 2024, verabschieden wir den Haushalt für das laufende Jahr. Steigende Aufwendungen und stagnierende Erträge führen zu einer immer angespannteren Haushaltslage.

In den Vorjahren konnten coronabedingte bzw. durch den Ukraine Krieg verursachte Kosten im Haushalt isoliert dargestellt werden. Mit diesen Luftbuchungen ist jedoch jetzt Schluss.

An der erstickenden Schuldenlast hat sich jedoch nichts geändert. Damit die Kommunen einen genehmigungsfähigen Haushalt aufstellen können, musste sich die Landesregierung wieder etwas einfallen lassen. Diesmal ist es der sogenannte globale Minderaufwand. Dadurch können pauschale Kürzungen von Aufwendungen im Rahmen der Haushaltsplanung vorgenommen werden. Mit diesem Trick kann auch unser Haushalt genehmigungsfähig aufgestellt werden.

Es ändert sich aber nichts am Hauptproblem. Wir leiden unter der Last von Kassenkrediten. Hierdurch bleiben wichtige Investitionen in Bildung, Klimaschutz und Mobilität auf der Strecke. Zins-Erhöhungen haben die Belastungen dramatisch erhöht. Hinzu kommen Inflation, Tarifsteigerungen und die Herausforderung der Flüchtlingsunterbringung.

Jetzt rächt es sich, dass die mehrjährige Null-Zins-Phase nicht für eine Altschuldenlösung genutzt worden ist.

In der aktuellen Diskussion um das Thema wollen sich Bund und Land die Last teilen. Beim genaueren Hinschauen erweist sich allerdings, dass der versprochene Landesanteil eine Mogelpackung ist. Bei dem Modell sollen die Kommunen die Zeche selbst zahlen. Denn das, was den Kommunen zum Schuldenabbau angeboten wird, soll ihnen an anderer Stelle bei ihren Anteilen etwa an der Einkommens- und Umsatzsteuer sowie insbesondere den Schlüsselzuweisungen wieder weggenommen werden.

Das hilft uns nicht weiter. Wir fordern von der Landesregierung eine schnelle Lösung, die uns die Fesseln insgesamt abnimmt und die kommunale Handlungsfähigkeit wieder herstellt.

Um es vorwegzunehmen; Wir stimmen dem Haushalt zu. Und wegen der gebotenen Haushaltsdisziplin haben wir in diesem Jahr auch auf eigene große Anträge verzichtet.

Meine Damen und Herren,
bevor ich fortfahre, möchte ich eine weitere bedeutende Angelegenheit ansprechen, die einen maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung unserer Stadt haben wird – die B474n.

Unsere Stadt steht vor dem Dilemma, einerseits die Lebensqualität in unseren Wohngebieten zu verbessern und andererseits die wirtschaftliche Entwicklung in der gesamten Region voranzutreiben. Die geplante Ortsumfahrung ist daher eine aktuelle Herausforderung. Der anhaltende Stau auf der Leveringhäuser Straße verdeutlicht den Handlungsbedarf.

Wir alle kennen die Situation zu Stoßzeiten: Stau, Stress und Frustration. Dies betrifft nicht nur diejenigen, die täglich diesen Weg zurücklegen müssen, sondern auch diejenigen, die in den betroffenen Gebieten wohnen. Mittlerweile geht es nicht nur um Lebensqualität, sondern auch um die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir können nicht zulassen, dass der Verkehrskollaps auf der Leveringhäuser Straße zu einem Dauerzustand wird.

Die grüne Welle funktioniert nicht, Tempo 30 und Flüsterasphalt wären jetzt die Mittel, die eingesetzt werden müssen, um den Lärm zu mindern. Dies haben wir durch entsprechende Gutachten nachgewiesen. Doch Straßen NRW reagiert hierauf nicht und verweist auf die B474n.

Die SPD-Fraktion beschäftigt sich seit längerer Zeit intensiv mit den Planungsunterlagen, die uns vom Land vorgelegt wurden. Aus dem Verkehrsgutachten ist zu ersehen, dass sich gerade für die Leveringhäuser Straße keine Entlastung einstellen wird. 30 % Verkehrsentlastung wurden uns zugesagt, tatsächlich sind es laut Gutachten nur durchschnittlich 4 %. Das ist deutlich zu wenig. Stau und Lärm werden demnach auf der Straße bleiben. Aus den Unterlagen ist ersichtlich, dass die B474n nichts an der jetzigen Situation ändert.

Wir fragen uns warum 96 % des Verkehrs dort bleibt, wo er jetzt auch ist und nicht über die neue Straße geführt wird.

Die Straße soll 8,4 km lang zum Teil autobahnähnlich durch Waltrop geführt werden. Sie führt teilweise durch Naturschutzgebiet und schneidet Oberwiese von Waltrop ab. 47 ha Fläche gehen dauerhaft verloren. Davon ca. 16 ha für die Landwirtschaft. 15 Brücken werden neu gebaut. 2 km Lärmschutzwand bzw. sogar ganze Lärmschutzwälle entstehen. Durch den Bau der Straße werden 45 ha Flächen versiegelt. Versiegelte Flächen haben Einfluss auf das Hochwasserrisiko. Wir wissen, was das bedeutet, denn wir haben Ende des letzten Jahres das Hochwasser in Oberlippe erlebt.

Die Planung der Straße geht seit 1977 unverändert davon aus, dass Verkehr vor Umwelt geht. Die Anbindungen an die A 2 Henrichenburg bzw. Dortmund Mengede wurden, obwohl sie wesentlich umweltverträglicher sind und deutlich weniger Konfliktpotential haben, nicht weiterverfolgt. Ein Umdenken ist auch nach 40 Jahren nicht erfolgt.

Wir brauchen mittlerweile keine zusätzliche Autobahn ins Münsterland mehr und keinen Anschluss an das Kraftwerk Datteln 4. Nach wie vor bleibt man jedoch bei der Anbindung an ein Autobahnkreuz. Das bedeutet für Waltrop, dass wir zusätzlich zu den 15.000 Kfz auf der Leveringhäuser Straße noch 30.000 Kfz auf der B474n hinzubekommen.

Umweltschutz, Artenschutz, Klimaziele, Verkehrswende sind die Themen, die heute im Vordergrund stehen. Wir fragen uns, ob die Straße nicht aus der Zeit gefallen ist.

Die Straße wird Waltrop maßgeblich verändern. Die SPD-Fraktion fragt sich, ob diese Veränderung gerechtfertigt ist, wenn der Verkehrskollaps in der Stadt bleibt?

Die Schaffung einer effizienten Verkehrsinfrastruktur ist entscheidend für Waltrop. Eine echte Umgehungsstraße wie sie zum Beispiel in Horneburg gebaut wurde, verbessert nicht nur den Verkehrsfluss innerhalb der Stadt, sondern reduziert auch die Belastung in den Wohngebieten. Das ist nicht nur ein Gewinn für die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für die Umwelt.

Wir stecken den Kopf nicht in den Sand, sondern wir stellen uns den Herausforderungen und suchen nach Lösungen. Mit Verantwortlichen und Experten werden wir daran arbeiten, den Verkehrsfluss zu verbessern und gleichzeitig die Belastung für die Anwohner zu minimieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
ein weiterer Schritt, um die Entwicklung unserer Stadt nachhaltig zu gestalten, wird der Neubau einer modernen und effizienten Feuer- und Rettungswache sein.
Die Planungen hierzu wollen wir mit Nachdruck anschieben, damit wir möglichst bald auch den ersten Spatenstich zum Bau der Wache vornehmen können. Unsere Feuerwehr leistet täglich Großartiges, aber sie verdient auch die bestmögliche Unterstützung. Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger steht an oberster Stelle und eine zeitgemäße Ausstattung ist hierfür unerlässlich.

Ein weiteres wichtiges Projekt ist die Erschließung des Dicken Dören. Das neue Gewerbegebiet wird nicht nur Arbeitsplätze für unsere Stadt erhalten, sondern auch neue schaffen. Wir müssen mutig sein, wenn es darum geht, die Weichen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu stellen.

Wir haben im letzten Jahr Trianel die Wege für den Bau eines Batterie-Großspeichers geebnet. Batteriespeicher sind ein unverzichtbares Element der Energiewende. Sie stabilisieren die schwankende Versorgung aus erneuerbaren Energien. Somit sind sie ein wichtiges Werkzeug zur Flexibilisierung des Stromnetzes. Mit einer Beteiligung durch unsere Stadtwerke hätten wir einen Fuß in der Tür.

Somit haben wir die Möglichkeit eine Stadt zu werden, die nachhaltige Energiequellen nutzt und umweltfreundliche Technologien fördert. Wir können uns zu einem Vorreiter in Sachen erneuerbare Energien entwickeln. Diese Vision erfordert nicht nur Mut, sondern auch die Bereitschaft, innovative Wege zu gehen.

Aber auch mit unseren Stadtwerken geht es erfolgreich weiter. Bei der Vergabe der Wasserkonzession haben wir es uns nicht leicht gemacht. Wir haben einen Konzessionsvertrag mit Gelsenwasser abgeschlossen und es dabei geschafft, das Wassergeschäft in die Stadtwerke zu holen. Durch diesen Schritt haben wir diese finanziell in die Lage versetzt, sich konsequent weiterzuentwickeln. Wir hoffen, dass die Stadtwerke in diesem Jahr sichtbar werden und selbst Aufgaben der Energie- bzw. der Wasserversorgung übernehmen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
die Kommunen brauchen deutlich mehr Unterstützung der Landesregierung. Wir dürfen nicht am Ende der Nahrungskette hängen bleiben. Die Altschuldenlösung hatte ich bereits genannt. Als weitere Beispiele möchte ich die Themen Kita und Schule ansprechen.

Kinder sind unsere Zukunft und die dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, frühkindliche Bildung ist wichtig.

Wir planen derzeit weitere Kitas. Aktuell den Bau einer Kita am Zechenwald und am Freibad, sowie den 4-gruppigen Ausbau der DRK-Kita in der ehemaligen Phönixschule.

Die Lage in den Kitas ist jedoch dramatisch. Im Ausschuss Jugend und Soziales wurde es bereits vor zwei Wochen schon angesprochen. Die meisten Träger sind am Limit, sowohl personell als auch finanziell. Wegen Inflation und Gehaltssteigerungen klafft eine Finanzierungslücke. Ausgleichende Pauschalzahlungen durch das Land werden aber immer erst zu Beginn eines neuen Kita-Jahres angepasst, also im August. Das hilft den Trägern nicht. Sie befinden sich in bedrohlichen Geldnöten und haben Sorge vor Schließungen. Gleichzeitig sind Familien jedoch zwingend auf eine Betreuung angewiesen und die Kindergartenbeiträge sind ausgereizt.

Daher muss das Land bei der Kita Finanzierung dringend nachlegen, sonst stehen viele Kita-Träger vor dem Aus. Wir als Kommune werden nicht ansatzweise in der Lage sein, die völlig unzureichende Unterstützung des Landes aufzufangen.

Aber nicht nur bei den Kitas, sondern auch bei der Schulfinanzierung muss die Landesregierung einiges nachlegen.

Derzeit wird auch neu festgelegt, wer was für die Bildung zahlt. Bislang gilt: Das Land zahlt die Lehrergehälter, die Kommunen den Rest – also beispielsweise alles, was mit Schulgebäuden und Ausstattung zu tun hat. Der Bund hat keine direkten Verpflichtungen.

Diese Aufteilung stammt aber aus einer Zeit, in der die Ansprüche überschaubar waren und in der an Integration, Inklusion, Schulsozialarbeit oder gar Digitalisierung kaum jemand dachte. Weil wir als Kommune das allein nicht stemmen können, gibt es immer wieder Förderprogramme. Diese sind aber stets zeitlich begrenzt und wir können nicht verlässlich damit planen. Ein aktuelles Beispiel ist der Digitalpakt.

Das ganze Theater mit Förderprogrammen, die überladen sind mit Anträgen, Bürokratie, und Zuweisungen muss ein Ende haben.

Es muss schnell reagiert werden und die Landesregierung darf nicht erst, wie geplant, 2027 mit einer Lösung kommen.

Kitas und Schulen sind von unschätzbarem Wert für unsere Gesellschaft. Es ist wichtig, dass wir sie unterstützen und ihnen die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen. Wir fordern daher die Landesregierung auf, hier schnell und unkompliziert Lösungen zu schaffen, die uns als Kommune nicht weiter belasten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Vorgabe war nicht länger als 15 Minuten Redezeit und die Uhr tickt. Es gäbe noch viel zu sagen zum Innenstadtkonzept, zur Hochstraßensanierung, zur IGA 2027, zum ÖPNV, etc.....

Die Fülle an Themen, über die ich gerne sprechen würde, übertrifft bei Weitem die Zeit. In Anbetracht dessen habe ich mich nur auf einige Themen beschränkt, obwohl es noch so viele gibt, die auch die gleiche Beachtung verdienen.

Gemeinsam können wir Großes erreichen. Unsere Stadt hat das Potenzial, eine Vorzeigegemeinde im Kreis zu werden – eine Stadt, die nicht nur auf das bereits Erreichte stolz ist, sondern auch mutig in die Zukunft blickt. Lassen Sie uns Dinge gemeinsam anpacken, Ideen entwickeln und unsere Stadt zu dem machen, was sie sein kann: ein lebenswertes, nachhaltiges und erfolgreiches Waltrop.

Ich bedanke mich bei den Verantwortlichen und den Mitarbeitern in der Verwaltung für ihren unermüdlichen Einsatz.

Ich danke Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit, freue mich darauf, gemeinsam mit Ihnen diese wichtigen Projekte voranzutreiben und auf eine gemeinsame Zukunft in unserer Stadt.

